



Bundesamt für Energie
Sektion BP
3003 Bern

Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
Roger.Nobs@ar.ch

Herisau, 31. Januar 2013 / RS

Eidg. Vernehmlassung; Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 28. September 2012 wird der Kanton Appenzell Ausserrhoden vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) eingeladen, zum *ersten* Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches

Appenzell Ausserrhoden lehnt das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 in der vorliegenden Form ab und fordert eine grundsätzliche Überarbeitung mit nochmaliger Vernehmlassung.

Die Ziele, den Energieverbrauch zu senken, den Anteil fossiler Energien zu reduzieren und die nukleare Stromproduktion durch Effizienzgewinne und den Zubau erneuerbarer Energien zu ersetzen, können im Grundsatz unterstützt werden. Auch die Modernisierung und der Ausbau der Stromnetze sind unbestritten notwendig.

Das erste Massnahmenpaket setzt stark auf staatliche Regulierungen in Form von schärferen Vorschriften (beispielsweise im Gebäudesanierungsbereich) und höhere Subventionen. Das Paket setzt somit auf bisherige Instrumente, verschärft und intensiviert sie stark und setzt zu wenig auf marktorientierte Lösungen. Dies ist im Hinblick auf die Energiestrategie kontraproduktiv. Marktorientierte Massnahmen ermöglichen eine hohe Kosteneffizienz, fördern innovative technische Lösungen und Versorgungssysteme. Die Einführung solcher Instrumente und eine berechenbare Verschärfung wären vorteilhafter. Dirigistische und bürokratische Regelungen können genau das Gegenteil bewirken, was gerade in dieser Phase der Neuorientierung der Energiepolitik unbedingt zu vermeiden ist.

Insgesamt konzentriert sich der Bund mit den vorliegenden Massnahmen zu stark auf Bestehendes und wagt wenig Neues. So wird beispielsweise die Mobilität, welche in einem hohen Mass Energie benötigt, nach wie vor



sehr vorsichtig behandelt. Es ist darauf zu achten, dass auch der Verkehr, inklusive Luftverkehr, einen wesentlichen Beitrag zur Senkung des (fossilen) Energieverbrauchs leistet. Ähnlich sieht es bei den vorgeschlagenen Effizienzmassnahmen für Geräte aus. Sie reizen weder das technologisch noch das wirtschaftlich umsetzbare Potenzial zur Effizienzsteigerung aus. Eine durch Effizienz eingesparte kWh kostet nichts und belastet die Umwelt in keiner Art und Weise (z.B. Senkung des Standby-Verbrauchs).

Appenzell Ausserrhoden hält an der grundsätzlichen Aufgabenteilung und den Zuständigkeiten in der Energie-, Raumordnung- und Umweltpolitik fest. So werden Lastenübertragungen oder Eingriffe seitens des Bundes abgelehnt, welche die Kompetenzen der Kantone beschneiden, wie beispielsweise bei den Bauvorschriften (Mustervorschriften der Kantone, MuKEn) und bei der Förderung.

2. Im Einzelnen

In diesem Abschnitt werden die Hauptgründe für die Ablehnung der Vernehmlassungsvorlage erläutert. Gleichzeitig werden konkrete Anträge zur Überarbeitung des vorliegenden Massnahmenpakets formuliert.

Etap pierung – Wie weiter?

Eine langfristige Planung wird begrüsst. Die vorgesehene Etap pierung weist aber eine grosse Schwäche auf und bietet keine verlässlichen Rahmenbedingungen für die Zeit nach 2020. Das schrittweise Vorgehen, welches vorerst vor allem auf vergleichsweise populäre Massnahmen setzt (z.B. Gebäudesanierungsprogramm) und andere, weniger populäre, aber möglicherweise viel wirksamere Massnahmen (z.B. Lenkungsabgabe auf Strom, Treib- und Brennstoffe) auf kommende Politikergenerationen abschiebt. Für eine konsequente, zielorientierte Ausrichtung der ersten Etappe der Energiestrategie muss das weitere Vorgehen resp. die nächste Etappe (Förder- oder Lenkungssystem) erkennbar sein. Ansonsten werden die vorliegenden gesetzlichen Neuerungen innert weniger Jahre hinfällig und eine erneute Revision diverser Gesetze wird erforderlich.

Antrag: Bevor Massnahmen und Gesetzesrevisionen erarbeitet werden können, muss ein Grundsatzentscheid zum massgeblichen System für die energiepolitische Arbeit gefällt werden: Soll der bestehende Vollzugs- und Subventionsapparat erhalten resp. noch weiter ausgebaut werden? Oder soll die Energiepolitik konsequent in ein Lenkungssystem umgebaut werden? In diesem Fall sollte die Ausgestaltung des Lenkungssystems bekannt sein.

CO₂-Abgabe auf Treibstoffe

Der Verkehr wird in der Vernehmlassungsvorlage, im Gegensatz zum Gebäudebereich, äusserst vorsichtig behandelt. Gebäude sind für rund 1/3 der CO₂-Emissionen verantwortlich – Tendenz sinkend. Ein weiteres Drittel der CO₂-Emissionen stammt aus dem Verkehr – Tendenz steigend. Warum sollten im Gebäudebereich immer höhere Lenkungsabgaben erhoben und immer noch strengere Vorschriften geschaffen werden, während die Mobilität nach wie vor ziemlich frei agieren kann? Es gilt, eine möglichst verursachergerechte Energiepolitik anzustreben, bei der auch im Verkehr eine Lenkungsabgabe eingeführt wird – analog zur CO₂-Abgabe auf Brennstoffe.

Antrag: Das CO₂-Gesetz ist mit einem neuen Artikel betreffend CO₂-Abgabe auf Treibstoffe (inkl. Kerosin) zu ergänzen.



WKK-Förderung

Sowohl die Ausbauziele als auch das neue Vergütungssystem für (teilweise) fossil betriebene Wärme-Kraft-Kopplungs-(WKK-)Anlagen werden abgelehnt. Sie widersprechen einerseits der Klimapolitik, welche beispielsweise im Gebäudebereich mit hohem Einsatz versucht, den CO₂-Ausstoss zu senken. Andererseits konkurrenziert die WKK-Förderung den Ausbau erneuerbarer Energien, was nicht mit den Ausbauzielen der Energiestrategie vereinbar ist. Zudem ist diese neue Förderung mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden. So soll in den kommenden 15 Jahren mehr Geld in die fossile Stromerzeugung aus WKK-Anlagen fliessen als beispielsweise in die Solarstromerzeugung.

Die WKK als kombinierte Wärme- und Stromerzeugungstechnologie ist unterstützenswert. Der Einsatz von WKK-Anlagen macht bereits unter heutigen Rahmenbedingungen Sinn, beispielsweise in dicht bebauten, unter Schutz stehenden Ortszentren (denkmalgeschützte oder schlecht dämmbare Bauten). Für die Realisierung von WKK-Anlagen soll der Markt im Rahmen von vernünftigen Rahmenbedingungen ausschlaggebend sein.

Antrag: Die neuen gesetzlichen Bestimmungen betreffend WKK-Förderung sind ersatzlos zu streichen (EnG Art. 3, 31 und 32 sowie CO₂-Gesetz Art. 22, Abs. 4^{bis}).

Energie in der Raumplanung

Der anvisierte Ausbau der erneuerbaren Energien wird unweigerlich Einfluss auf die Schweizer Landschaften und Ortsbilder nehmen. Konflikte mit anderen Interessen sind vorprogrammiert. Bisher unterlagen die energetischen Interessen meist anders gelagerten Schutzinteressen. Die Vernehmlassungsvorlage widmet sich dieser Problematik. Die vorgesehene Straffung der Bewilligungsverfahren, die stärkere Gewichtung der erneuerbaren Energien (nationales Interesse) sowie die geforderte Positivplanung für erneuerbare Energieanlagen, insbesondere Wasser- und Windkraft, wird unterstützt.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese mehrheitlich raumplanerischen Belange im Energiegesetz richtig platziert sind. Ausserdem wird die neu eingeführte Beteiligung des Bundes bei der Erarbeitung eines Ausbaupotenzialplans abgelehnt. Diese Regelung widerspricht der Zuständigkeitsordnung in der Raumplanung. Die neuen Gesetzesartikel, welche die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und rationelle Energienutzung als nationales Interesse gewichten, werden in dieser Form abgelehnt. Die Formulierungen sind unpräzise (z.B. "ab einer bestimmten Grösse" oder "in der Regel") und lassen damit unnötigen Interpretationsspielraum offen. Es wird daher vorgeschlagen, dass das nationale Interesse an der erneuerbaren, sparsamen und rationellen Energienutzung als Grundsatz definiert wird. Das entspricht den energiepolitischen Zielen und gewichtet diese im gleichen Mass wie die Erhaltung von Schutzgebieten. Nur so können faire Interessensabwägungen vorgenommen werden.

Antrag: EnG Art. 11, 12, 13 und 16 sind materiell zu überarbeiten und im RPG (und allenfalls im NHG) zu verankern. Das nationale Interesse an der erneuerbaren, sparsamen und rationellen Energienutzung ist im Kapitel "Grundsätze" festzuhalten (EnG Art. 14, 15 und 42, Abs. 1, erster Satz).

Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) – Grundsätzliches

Die Vernehmlassungsvorlage hält grundsätzlich am bestehenden Einspeisevergütungssystem fest, schlägt aber neue Regelungen zu dessen Optimierung vor.

Die neue Regelung, welche den Eigenverbrauch von selber produziertem Strom legitimiert, wird begrüsst. So kann beispielsweise Solarstrom vom eigenen Hausdach direkt im und um das eigene Haus genutzt werden. Es wird nur noch jene Strommenge vergütet resp. verrechnet, welche tatsächlich (physisch) ins Netz fliesst resp. aus dem Netz bezogen wird. Damit wird der Verbrauch vor Ort gefördert, was wiederum das Verteilnetz entlastet: Weniger Strom wird ins Netz eingespeist, weniger Strom wird aus dem Netz bezogen. Netzausbauten aufgrund dezentraler Stromproduktion und die damit verbundenen Kosten können so reduziert werden.

Die Entfernung der Teildeckel (Ausnahme: Teildeckel bei der Photovoltaik) für die Finanzierung der KEV wird unterstützt, nicht aber die Entfernung des Gesamtdeckels. Es kann nicht sein, dass der Bundesrat den Netzzuschlag unbegrenzt erhöhen kann. Das käme einem Fass ohne Boden gleich.

Antrag: Für den Netzzuschlag ist eine Obergrenze festzulegen (EnG Art. 36, Abs. 3).

KEV – Kontingentierung für Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen)

Die Vernehmlassungsvorlage sieht eine Kontingentierung für den Zubau von PV-Anlagen vor, was unter dem Strich einem PV-Teildeckel gleich kommt. Der Bund will den Zubau bis 2020 auf 600 GWh Solarstrom beschränken. Dies wird entschieden abgelehnt. Erstens weist Strom aus Photovoltaik das grösste noch nicht erschlossene Potenzial auf, was Potenzialberechnungen des Bundesamtes für Energie bestätigen. Zweitens werden PV-Anlagen fast ausschliesslich auf bereits überbauten Flächen installiert, was sie zur unproblematischsten der neuen erneuerbaren Stromproduktionsanlagen macht. Und drittens beträgt die aktuelle Zubaurate bereits 100-150 GWh pro Jahr. Per Ende 2012 sind schätzungsweise 250-300 GWh Solarstrom am Netz, was bereits 50% des Zubauziels für das Jahr 2020 entspricht. Die vorgesehene Kontingentierung käme also einer Schrumpfung bzw. einer teilweisen Zerstörung des PV-Marktes in der Schweiz gleich.

Demgegenüber gibt es bei der Höhe der KEV-Sätze noch Optimierungspotenzial. Die KEV-Sätze sind grundsätzlich – nicht nur bei PV-Anlagen – zu hoch und zu wenig nach dem Kosten-Nutzen-Grundsatz ausgerichtet. Das Ziel der KEV muss eine maximale Produktion an erneuerbarer Energie pro eingesetztem Förderfranken sein.

Antrag: Die Kontingentierung für PV-Anlagen ist ersatzlos zu streichen (EnG Art. 30) und das KEV-System ist vermehrt am Kosten-Nutzen-Verhältnis auszurichten.

Einmalvergütung für kleine PV-Anlagen (< 10 kW)

Unterstützenswert ist auch die vorgesehene Einmalvergütung für kleine PV-Anlagen (< 10 kW). Einzig die Höhe der Einmalvergütung ist zu senken, und zwar von max. 30% auf max. 20% der Investitionskosten. Das kantonale Förderprogramm beweist, dass damit genügend Anreize für den Bau einer PV-Anlage gesetzt werden. Die Warteliste bei PV-Anlagen kann mittels (tieferer) Einmalvergütung effektiver abgebaut werden. Ausserdem sinkt der administrative Aufwand für Anlagenbetreiber und Vollzugsstelle massiv: Anstelle der vierteljährlichen Erfassung des eingespeisten Stroms und dessen Vergütung über 25 Jahre erfolgt eine einmalige Prüfung der Investitionskosten und der Vergütung. Es wird vorgeschlagen, die Einmalvergütung für PV-Anlagen bis zu einer Grösse von 30 kW auszuweiten. Die Grenze von 30 kW entspricht gleichzeitig der Schwelle für das Erfassen der Anlage und der eingespeisten Elektrizität und für die Pflicht des Herkunftsnachweises (Art. 1d Abs. 2 EnV).



Zudem sollen kleine PV-Anlagen, die sich auf der bestehenden Warteliste befinden, von der KEV ausgenommen werden und mittels Einmalvergütung gefördert werden. Eine solche Systemänderung kommt einem Bruch von Treu und Glauben gleich. Die Betreiber jener PV-Anlagen, welche sich auf der Warteliste befinden, planen und realisierten (viele Anlagen sind bereits in Betrieb) mit dem Vergütungssatz, der beim Inbetriebnahmedatum galt. Es wäre rechtsstaatlich bedenklich, diese jetzt fallen zu lassen.

Antrag: Die Obergrenze für die Einmalvergütung kleiner PV-Anlagen wird von 10 kW auf 30 kW erhöht (EnG Art. 28). Ausserdem ist die Einmalvergütung auf max. 20% der Investitionskosten zu beschränken. Und: Betreiber von PV-Anlagen auf der KEV-Warteliste haben die Wahl zwischen der KEV oder einer Einmalvergütung (EnG Art. 71, Abs. 5).

Effizienzziele für Energieversorgungsunternehmen (EVU)

Der Bund möchte die EVU zur Effizienzsteigerung beim Stromverbrauch verpflichten (bis 2% pro Jahr). Dazu soll ein Zertifizierungssystem mit sogenannten weissen Zertifikaten eingeführt werden. Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden zwar begrüsst, aber die vorgeschlagenen Effizienzziele für EVU werden als fragwürdig erachtet. Kann ein Lieferant für das Verhalten seiner Kunden verantwortlich gemacht werden? Ausserdem ist das vorgesehene Zertifikatesystem mit einem beträchtlichen administrativen Aufwand für den Bund und die EVU verbunden. Massnahmen direkt beim Endverbrauch, beispielsweise Effizienzvorschriften für Geräte, sind effektiver und mit einem viel geringeren Aufwand verbunden.

Antrag: Die vorliegenden Effizienzziele (inkl. Zertifikatesystem) für EVU sind ersatzlos zu streichen (EnG Art. 43 bis 46).

Gebäudebereich: GEAK-Pflicht

Die vorgesehenen Fördermassnahmen im Gebäudebereich entsprechen grösstenteils dem bisherigen Konzept. Neu sollen die Kantone verpflichtet werden, Förderbeiträge an die Erstellung eines Gebäudeenergieausweises (GEAK) zu knüpfen. Das heisst beispielsweise, dass der Kanton für die Förderung einer thermischen Solaranlage einen GEAK verlangen muss, um vom Bund mittels Globalbeiträgen mitfinanziert zu werden. In Zahlen ausgedrückt: Für einen Förderbeitrag von rund Fr. 2'000.-- (durchschnittlicher Förderbeitrag für thermische Solaranlagen) müsste ein Hauseigentümer Fr. 2'500.-- für einen GEAK investieren. Anstelle von günstigen Rahmenbedingungen und Anreizen schafft die GEAK-Pflicht eine weitere Hürde für erwünschte Massnahmen im Gebäudebereich. Zudem ist fragwürdig, ob ein bereits sanierungswilliger Hauseigentümer die richtige Zielgruppe für eine Beratung zum Thema Gebäudesanierung ist.

Mit der verpflichtenden Einführung des GEAK für Globalbeiträge überschreitet der Bund seine Kompetenzen. Mit dieser Regelung entzieht der Bund den Kantonen den Entscheidungsspielraum für die Ausgestaltung ihrer Förderprogramme. Es muss den Kantonen freistehen, ob sie in Zukunft die Förderung an den GEAK binden wollen oder nicht. Aus diesen Gründen wird die GEAK-Pflicht entschieden abgelehnt.

Antrag: Die GEAK-Pflicht für Globalbeiträge ist ersatzlos zu streichen (EnG Art. 52, Abs. 3, zweiter Satz).

Verstärkung des Gebäudeprogramms

Der Bund schlägt zwei Varianten für die zukünftige Ausgestaltung der Teilzweckbindung vor: Die Variante 1 würde zwar die Kompetenz für den Gebäudebereich klar den Kantonen zuweisen, setzt aber falsche Anreize. Anstelle einer höheren Belastung der fossilen Brennstoffe wird ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement



der Kantone gefordert. Für Appenzell Ausserrhoden käme dies einer Vervierfachung des heutigen Förder-Engagements gleich. Im Gegensatz zum Bund können die Kantone nicht einfach die CO₂-Abgabe erhöhen, sondern müssten zusätzliche Finanzmittel über Steuererhöhungen beschaffen. Eine generelle finanzielle Mehrbelastung von Haushalten und Unternehmen widerspricht dem Zweck der Förderung, welcher Anreize für eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe setzen möchte.

Die Variante 2 hält an der bestehenden Struktur des Fördersystems fest und setzt mit einer weiteren Erhöhung der Brennstoffpreise ökonomisch richtige und effiziente Anreize, um den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren. Auch bei dieser Variante sind die Kantone finanziell gefordert, wenn sie die gesamten verfügbaren Globalbeiträge beanspruchen wollen. Für Appenzell Ausserrhoden würde diese Variante eine Verdoppelung des heutigen Förder-Engagements bedeuten. Werden die verfügbaren Globalbeiträge nicht vollständig beansprucht, können die nicht verwendeten Mittel dem Gebäudeprogramm gutgeschrieben werden, was dem Zweck der Förderung entspricht.

Antrag: Die Variante 2 verspricht eine deutlich bessere Wirkung bei einer geringeren finanziellen Mehrbelastung der Kantone als die Variante 1. Dementsprechend wird die Variante 2 klar der Variante 1 vorgezogen (CO₂-Gesetz Art. 29, Abs. 2 und Art. 34).

Steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen

Künftig sollen Investitionen in Liegenschaften, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, nur noch dann von der Steuer abgezogen werden können, wenn eine Liegenschaft einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist oder diesen durch die Investition erreicht. Diese Einschränkung der Abzugsfähigkeit führt zu erheblichen und kostspieligen Vollzugsschwierigkeiten. So sind die Steuerverwaltungen weder technisch noch personell in der Lage, die Massnahmen sowie den energetischen Zustand einer Liegenschaft zu beurteilen. Der vorliegende Gesetzesentwurf lässt darauf spekulieren, dass auf Verordnungsstufe der GEAK als Kontrollinstrument festgelegt würde. Dagegen sprechen die gleichen Argumente wie unter Punkt "Gebäudebereich – GEAK-Pflicht" festgehalten. Es ist stark zu bezweifeln, ob investitionswillige Hauseigentümer rund Fr. 2'500.-- ausgeben, damit ihre Investition steuerlich abzugfähig würde. Anstelle eines Anreizes für vermehrte Gebäudesanierungen werden weitere Hürden geschaffen.

Grundsätzlich sollten Steuerabzugsmöglichkeiten gestrichen werden, da es sich bei diesen zu einem sehr grossen Teil um Mitnahmeeffekte handelt und die Gebäudesanierungen bereits mit dem Gebäudeprogramm aktiv gefördert werden. Eine Doppelförderung ist nicht angezeigt. Abgelehnt wird auch die vorgeschlagene Massnahme zur Verteilung des Abzugs auf mehrere Jahre. Die Durchbrechung des Periodizitätsprinzips würde nicht nur steuerliche Umgehungsmassnahmen ermöglichen, sondern würde für die Veranlagungsbehörden zu einem wesentlichen Mehraufwand führen, mit neuen ungeklärten Aspekten z.B. beim Kauf und Verkauf oder beim Wohnortswechsel. Ausserdem ist fraglich, ob der Bund legitimiert ist, in diesem Ausmass in die kantonale Steuerhoheit einzugreifen. Die Detaillierung der vorgeschlagenen Regelung geht über das Grundsätzliche hinaus und ist deshalb als verfassungswidrig zu betrachten.

Antrag: Auf die vorgesehenen Anpassungen der Steuergesetzgebung ist zu verzichten.



Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Im Auftrag des Regierungsrates

Sign. Roger Nobs / 31. Januar 2013

Roger Nobs, Ratschreiber

Beilage ausgefüllter Fragebogen

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Kantonsregierung Appenzell Ausserrhoden

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	3
Energieeffizienz	4
Gebäude	4
Mobilität	6
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	6
Industrie und Dienstleistungen	7
Erneuerbare Energien	8
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	9
Einspeisevergütungssystem	9
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	10
Netzzuschlag.....	12
Fossile Kraftwerke	12
Netze	13

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Formulierung einer neuen Energiestrategie wird begrüsst. Die vorliegende Vernehmlassungsvorlage wird jedoch abgelehnt. Gründe:

Für die Ausgestaltung von Massnahmen und gesetzlichen Grundlagen braucht es klare Rahmenbedingungen. Dazu muss ein Entscheid betreffend Systemwechsel, weg vom Förder-/Regulierungssystem hin zu einem Lenkungssystem (= Energieabgabe) vorliegen. Ansonsten werden diverse gesetzliche Neuregelungen innert weniger Jahre hinfällig und eine erneute Revision diverser Gesetze erforderlich.

Diverse Massnahmen/Gesetzesänderungen kann der Kanton Appenzell Ausserrhoden in der vorliegenden Form nicht unterstützen: z.B. Effizienzziele für Energieversorgungsunternehmen, WKK-Förderung, Anpassung der Steuergesetzgebung etc.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wie bereits unter 1. ausgeführt, ist die vorgesehene Etappierung nicht sinnvoll. In der 2. Etappe wird u.a. die ökologische Steuerreform bzw. eine umfassende Energieabgabe auf Brenn- und Treibstoffe sowie Strom behandelt. Bereits im Jahr 2014 ist eine Vernehmlassung dazu vorgesehen. Damit würden die aktuell diskutierten Massnahmen und Gesetzesänderungen der 1. Etappe bereits wieder hinfällig, da sie grösstenteils auf eine Verstärkung der bestehenden Fördermodelle und Regulierungen hinzielen.

Antrag: Bevor Massnahmen und Gesetzesrevisionen erarbeitet werden können, muss ein Grundsatzentscheid zum massgeblichen System für die energiepolitische Arbeit gefällt werden: Soll der bestehende Vollzugs-/Subventionsapparat erhalten resp. noch weiter ausgebaut werden? Oder soll die Energiepolitik konsequent in ein Lenkungssystem umgebaut werden?

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Verneinung dieser Frage richtet sich nicht gegen den schrittweisen Ausstieg aus der

heutigen Kernkraft (2011 von Bundesrat und Parlament beschlossen), sondern gegen das vorliegende Massnahmenpaket (siehe 1./2.). Die Massnahmen sehen einen Ausbau der bestehenden Fördermodelle vor, was gegenläufig zum zweiten Massnahmenpaket ist. Die zweite Etappe der Energiestrategie zielt auf eine möglichst marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik ab.

Ausserdem wird der Verkehr, im Gegensatz zum Gebäudebereich, nach wie vor äusserst stiefmütterlich behandelt, obwohl in beiden Bereichen rund 1/3 der gesamten Energie verbraucht wird. Dementsprechend sollen in Gebäuden die Anforderungen (z.B. an die Gebäudehülle und den Anteil erneuerbarer Energien) und die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe erhöht werden. Beim Verkehr hingegen beschränken sich die vorgesehenen Massnahmen auf eine Verschärfung resp. Erweiterung der Effizienzvorschriften.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die heutige Kernkraftwerk-Generation ist es richtig, keine Rahmenbewilligungen zu erteilen. Die vorliegende Regelung käme jedoch einem Verbot der Technologie "Kernkraft" als Ganzes gleich, was abgelehnt wird. Ein generelles Verbot von Kernenergie, ohne gleichzeitig eine ebenbürtige Alternative in Aussicht zu haben, stellt unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit ein zu grosses Risiko dar. Der Ausstieg aus der Kernenergienutzung soll als Einzelfrage vom Volk entschieden werden.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Quantitative Ziele für den Ausbau der Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Energien sowie für den Elektrizitätsverbrauch sind wichtig und richtig, jedoch im Energiegesetz deplatziert (falsches Instrument für richtiges Vorgehen). Die vorgesehenen Ziele sind ohne verbindlichen Charakter: Wer haftet, wenn die Ziele nicht erreicht werden? Was passiert (Sanktionen), wenn die Ziele bis 2035/2050 nicht erreicht werden?

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Staatlichen Fördermodelle sind finanziell und zeitlich zu beschränken, ansonsten droht eine Subventionspolitik. Die vorgesehene Verstärkung des Gebäudeprogramms zielt in diese Richtung und ist damit nicht vereinbar mit der zweiten Etappe der Energiestrategie, welche den Fokus auf marktwirtschaftlich orientierte Massnahmen legt.

Antrag: Die Förderung im Energiebereich ist zeitlich zu beschränken. Konkret soll die CO₂-Teilzweckbindung mittelfristig abgeschafft werden. Dasselbe gilt auch für die KEV.

Diverse Kantone werden finanziell nicht in der Lage sein, die Mittel für die vorgesehene Verstärkung des Gebäudeprogramms zur Verfügung zu stellen. Je nach Variante müssten die aktuellen kantonalen Mittel für das Gebäudeprogramm verdoppelt (Var. 2) oder sogar vervierfacht (Var. 1) werden. Viele Kantone wären gezwungen, mittels Steuererhöhungen die geforderten, zusätzlichen Mittel zu beschaffen. Gegen eine generelle Steuererhöhung spricht jedoch die fehlende Lenkungswirkung. Der Bund kann die Mittel vergleichsweise bequem aufstocken, nämlich durch eine Erhöhung der CO₂-Abgabe. Der damit verbundene Lenkungseffekt entspricht sowohl den Zielen des Klima- als auch der Energiepolitik.

Zudem zeigen die vergangenen drei Förderjahre, dass die zur Verfügung gestellten Mittel für das Gebäudeprogramm nicht vollständig abgeholt werden. Eine Erhöhung der Gesamtmittel würde also dazu führen, dass noch grössere Teile der zur Verfügung gestellten Mittel nicht abgeholt werden. Die nicht genutzten Mittel würden der Schweizer Bevölkerung per Krankenkassenprämie und AHV-Lohnsumme zurückverteilt, was dem Zweck des Gebäudeprogramms widerspricht.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)
☒ Variante 2 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2)
☐ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nein zu Variante 1: Kantone müssen denselben Betrag einschiessen wie der Bund (300 Mio. Fr). Heute stellen die Kantone rund 70 Mio. Fr. für das Gebäudeprogramm. Wie bereits unter 6. ausgeführt, werden damit falsche Anreize gesetzt. Anstelle einer konsequenten Erhöhung der CO₂-(Lenkungs-)Abgabe werden alle Steuerzahler generell mehr belastet. Ausserdem muss stark bezweifelt werden, ob die erhöhten Mittel auch nachgefragt werden.

Ja zu Variante 2: Diese Variante sieht eine stärkere Erhöhung der CO₂-Abgabe vor, was einem Lenkungseffekt entspricht. Die Kantone werden finanziell weniger belastet als bei Variante 1. Trotzdem muss mit einer Verdoppelung der aktuellen Mittel für das Gebäudeprogramm gerechnet werden.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinquies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die vorgesehenen Steuerregelungen führen neben Mitnahmeeffekten zu einer unerwünschten, undurchsichtigen Doppelförderung. Diverse Kantone, darunter auch der Kanton Appenzell Ausserrhoden, fördern bereits Massnahmen für Energieeffizienz (Gebäudesanierungen) und die erneuerbare Energieproduktion (Holzheizungen, Solaranlagen etc.). Es ist stark in Frage zu stellen, ob die vorgesehenen Steuerregelungen einen weiteren Anreiz für Gebäudesanierungen bieten.

Im Gegenteil: Investitionen in Teilsanierungen werden kaum mehr steuerlich abzugsfähig sein, da das Gebäude bereits einen energetischen Mindeststandard aufweisen muss oder durch die getätigten Investitionen erreichen muss. Je nach festgelegtem Mindeststandard und Gebäudezustand wird eine Teilsanierung nicht mehr abzugsfähig sein. Die finanziellen Möglichkeiten vieler Hausbesitzer lassen jedoch nur Teilsanierungen zu. Damit wird gerade bei stark sanierungsbedürftigen Bauten und finanziell schwach gestellten Hausbesitzern eine weitere Hürde für Sanierungsmassnahmen eingebaut.

Die finanziellen Auswirkungen, d.h. Mindereinnahmen, auf die öffentlichen Haushalte sind nicht zu unterschätzen. Ausserdem werden infolge der Steuerprogression höhere Einkommen durch einen Abzug stärker entlastet als tiefere Einkommen.

Zudem fehlen den Steuerverwaltungen die technischen Voraussetzungen und das notwendige Wissen, um den Energiestandard eines Gebäudes resp. die energetische Wirkung

von getätigten Investitionen beurteilen zu können. Die Beurteilung der Abzugsfähigkeit von energetisch relevanten Investitionen in Gebäude hat einen massiven Mehraufwand für die Steuerverwaltungen und die Steuerpflichtigen zur Folge.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber die Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts geht zu wenig weit. 30% der CO₂-Emissionen entstehen im Verkehr. Ähnlich strenge Vorschriften, wie sie bereits im Gebäudebereich gelten, sollen auch im Mobilitätsbereich, z.B. mittels Emissions- resp. Verbrauchsvorschriften bei Fahrzeugen, gelten.

Antrag: Auf Treibstoffe soll analog zu den Brennstoffen eine CO₂-Abgabe erhoben werden.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber (siehe 9.)

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Durch diese Regelung wird den EVU eine unlösbare Aufgabe übertragen, die der Bund sehr

viel einfacher, beispielsweise durch Gerätevorschriften, erreichen könnte. Ausserdem zeigen die Erfahrungen mit dem bestehenden – bisher kaum genutzten – CO₂-Emissionshandels-system, dass der Zertifikatehandel keine zielführende Massnahme ist.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei dieser neuen Regelung gibt es zu viele offene Fragen: Welche Unternehmen werden der Energiewirtschaft zugeordnet (EVU, Gaswerke, Heizöllieferant etc.)? Wozu benötigt der Bund derart spezifische Daten? Ist der Aufwand für die Erhebung, Auswertung und Veröffentlichung von Strom- und Wärmeverbrauchsdaten für den vorgesehenen Nutzen (Transparenz und Information) gerechtfertigt?

Mit dieser neuen Verpflichtung wird ein neues Gesetz geschaffen, dessen Nutzen-Aufwand-Verhältnis stark in Frage zu stellen ist. Im Sinne einer möglichst schlanken und effektiven Gesetzgebung ist auf solche Regelungen zu verzichten.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine Ausweitung ist nicht notwendig. Erstens ist die Produktion mit der Liberalisierung bereits dem Markt ausgesetzt. Zweitens ist der Netzbetrieb im StromVG ausreichend geregelt.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber nur, wenn Art. 38 EnG präzisiert wird. Sonst kann es schnell in eine unkontrollierte Befreiungsmaschinerie ausufern (Grossverbraucherartikel, Befreiung von CO₂-Abgabe, Rückerstattung des Netzzuschlags). Der Vollzug muss klarer geregelt werden.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Interessen und Kompetenzen dürfen nicht vermischt werden. Dementsprechend sind raumplanerische Themen im Raumplanungsgesetz zu regeln und die kantonalen Kompetenzen (Richtplanung) sind als solche zu bewahren.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: siehe 15.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber das nationale Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien sollte gemeinsam mit dem nationalen Interesse an der rationellen Energienutzung als Grundsatz im EnG (Art. 6, neuer Abs.) verankert werden. So können Mehrfachnennungen (vgl. EnG Art. 14 und 15) vermieden und klare Kompetenzteilungen (vgl. Art. 42. Abs. 1, erster Satz) erhalten werden. Nur so können in Interessensabwägungen die energetischen Interessen anderen Interessen (z.B. Landschaftsschutz) auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Antrag: Der erste Satz des Artikels 42, Abs.1 ist zu streichen und ergänzend im Energiegesetz in Artikel 6 "Grundsätze" aufzunehmen. Damit entfallen auch die beiden Raumplanungsartikel 14 und 15 (EnG).

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Verbrauch von selber produziertem Strom entlastet das Netz (v.a. Netzebene 7), womit Netzausbauten hinfällig und zusätzliche Netzkosten vermieden werden können. Allerdings sollten die tatsächlichen Netznutzungen durch die Netzkosten gedeckt sein.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die KEV stellt ein wichtiger Anreiz für die Stromproduktion in Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen dar. So kann beispielsweise bisher ungenutzt verpufftes Klärgas für die Stromproduktion genutzt werden.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Vernehmlassungsvorlage sieht eine Kontingentierung für den Zubau von PV-Anlagen vor, was unter dem Strich einem PV-Teildeckel gleich kommt. Mittels Kontingentierung soll der

Solarstrom-Zubau bis 2020 auf 600 GWh beschränkt werden. Dies wird entschieden abgelehnt. Erstens weist Strom aus Photovoltaik das grösste noch nicht erschlossene Potenzial auf, was Potenzialberechnungen des BFE bestätigen. Zweitens werden PV-Anlagen fast ausschliesslich auf bereits überbauten Flächen installiert, was sie zur unproblematischen der neuen erneuerbaren Stromproduktionsanlagen macht. Und drittens beträgt die aktuelle Zubaurate bereits 100-150 GWh pro Jahr. Per Ende 2012 werden schätzungsweise 250-300 GWh Solarstrom am Netz sein, was bereits 50% des Zubauziels für das Jahr 2020 entspricht. Die vorgesehene Kontingentierung käme – anstelle einer Förderung – einem Hemmnis des PV-Zubaus gleich.

Dafür gibt es bei der Höhe der KEV-Sätze noch Optimierungspotential. Die KEV-Sätze sind grundsätzlich – nicht nur bei PV-Anlagen – zu hoch und zu wenig nach dem Kosten-Nutzen-Grundsatz ausgerichtet. Das Ziel der KEV muss eine maximale Produktion an erneuerbarer Energie pro eingesetztem Förderfranken sein.

Antrag: PV-Anlagen sind – analog zu den anderen KEV-Technologien – ohne Kontingentierung oder Teildeckel mittels KEV zu fördern. Und: Das KEV-System ist vermehrt am Kosten-Nutzen-Verhältnis auszurichten.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Einmalvergütung entlastet den Vollzug massiv (einmalige Prüfung /Auszahlung anstelle von 4x jährlich über 20-25 Jahre KEV-Auszahlungen). Ausserdem lehnen wir das WKK-Vergütungssystem generell ab (siehe 26.-29.), womit auf die Schaffung einer zusätzlichen Stelle bei der nationalen Netzgesellschaft verzichtet werden kann.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber die Leistungsobergrenze sollte bis 30 kW erhöht werden. Die Grenze von 30 kW entspricht gleichzeitig der Schwelle für das Erfassen der Anlage und der eingespeisten

Elektrizität und für die Pflicht des Herkunftsnachweises (Art. 1d Abs. 2 EnV)

Antrag: Die Obergrenze für eine spezielle Förderung von PV-Anlagen ausserhalb des Einspeisevergütungssystem ist bei **30 kW** festzulegen.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

- ☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Die vorgesehene Einmalvergütung für kleine PV-Anlagen (< 10 kW) ist unterstützenswert, mit der Ausnahme von folgenden Anpassungen:

Erstens ist die Höhe der Einmalvergütung anzupassen, und zwar von max. 30% auf max. **20%** der Investitionskosten. Das kantonale Förderprogramm beweist, dass das genug Anreiz für den Bau einer PV-Anlage ist. Die Warteliste bei PV-Anlagen kann mittels (tieferer) Einmalvergütung effektiver abgebaut werden.

Zweitens ist die Einmalvergütung für PV-Anlagen bis zu einer Grösse von 30 kW auszuweiten (siehe 22.). Die Grenze von 30 kW entspricht gleichzeitig der Schwelle für das Erfassen der Anlage und der eingespeisten Elektrizität und für die Pflicht des Herkunftsnachweises (Art. 1d Abs. 2 EnV).

Antrag: Die Obergrenze für eine Einmalvergütung für PV-Anlagen ist bei **30 kW** festzulegen.

Und: Die Einmalvergütung ist auf max. **20%** der Investitionskosten zu beschränken.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

- ☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Anlagen wurden teilweise bereits in Betrieb genommen. Die Betreiber rechnen mit dem Vergütungssatz, der beim Inbetriebnahmedatum Anwendung fand. Es wäre rechtsstaatlich bedenklich, diese jetzt fallen zu lassen.

Antrag: PV-Anlagen-Betreiber auf der Warteliste haben die Wahl zwischen dem KEV-

Vergütungssatz (Beibehaltung des Wartelistenplatzes) oder einer Einmalvergütung (per sofort).

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber konsequent: Auch bei PV-Anlagen ist der Deckel resp. die Kontingentierung zu entfernen (siehe 20.).

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Förderung von fossilen WKK-Anlagen widerspricht der Schweizer Klimapolitik, welche bspw. bei Gebäuden enorme Anstrengungen unternimmt, um die CO₂-Emissionen zu senken. Ausserdem ist das vorgeschlagene WKK-Vergütungssystem eine gewaltige, unübersichtliche Geldumverteilungsmaschinerie (Befreiung von der CO₂-Abgabe, Pflicht zur CO₂-Komensation, Vergütung über Netzzuschlag). Wäre es nicht zielorientierter und massiv effizienter, wenn man den vorgesehenen Netzzuschlag direkt für CO₂-freundliche Stromproduktionsanlagen (z.B. Wind-, Wasserkraft, PV) investieren würde?

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: siehe 26.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: siehe 26.

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

Bei WKK-Anlagen sollte grundsätzlich der Markt spielen.

Einzig die Förderung von Wärmenetzanschlüssen erscheint sinnvoll. WKK-Anlagen müssen den Strom wärmegeführt produzieren. Dementsprechend muss in den meisten Fällen ein Wärmenetz aufgebaut werden, was sich stark auf die Wirtschaftlichkeit einer WKK-Anlage niederschlägt. Die finanzielle Förderung von Wärmenetzanschlüssen ist für Gebäudeeigentümer ein Anreiz, die bestehende Heizung durch einen Wärmenetzanschluss auszutauschen.

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, aber nur, sofern für kleinere Bauten und Anlagen derselbe Massstab angewendet wird (Rechtsgleichheit).

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Lösungen für die Kostenübertragung sind dringend erforderlich. Derzeit werden diesbezüglich unterschiedlichste, undurchschaubare Strategien gefahren (Unsicherheit bzgl. Kostentragung, Technologien etc.). Zumindest die Einführung einer flächendeckenden, bezahlbaren Zählerfernauslesung ist voranzutreiben. Die Kosten dafür sind solidarisch durch

alle Netznutzer zu tragen. Die Anbindung der Messstellen an das Internet bildet die Grundlage für ein flächendeckendes Smart Grid, welches laut Impact Assessment insgesamt positiv auf die Volkswirtschaft Einfluss nimmt. Neben einer klaren Regelung der Anrechenbarkeit der Kosten müssen auch datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen erlassen werden.